

Offener Brief des Ausschusses der New Yorker Universitäten an Präsident Johnson

Autor(en): [s.n.]

Objektyp: **Article**

Zeitschrift: **Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus**

Band (Jahr): **59 (1965)**

Heft 3

PDF erstellt am: **10.08.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-140982>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Amerikas bisher einzige Entscheidung erfolgte im August, als Frankreich um Erlaubnis nachsuchte, einen KC-135-Jet-Tanker mit für Tahiti bestimmten Marinevorräten eine Zwischenlandung in den Vereinigten Staaten zu Tankzwecken zu gestatten. Die Erlaubnis wurde schließlich erteilt, wenn auch unter der Voraussetzung, daß das Flugzeug während des Überfliegens der Vereinigten Staaten keinerlei Atomwaffen mit sich führen dürfe.

Gertrude Baer

Offener Brief des Ausschusses der New Yorker Universitäten an Präsident Johnson

«Wir, als Glieder der akademischen Gemeinschaft, sehen uns gezwungen, Ihnen Herr Präsident, gegenüber, die derzeitige Vietnampolitik unserer Regierung öffentlich zur Diskussion zu stellen. Wir ersuchen Sie, den gegenwärtigen Kurs erneut zu prüfen und dies angesichts folgender Tatsachen:

Wir intervenieren dort einseitig, in Unterstützung einer Folge von undemokratischen Regierungen, die von der Mehrheit des südvietnamischen Volkes abgelehnt werden.

Wir führen einen unmoralischen und grausamen Krieg, der dem Volk von Südvietnam unendliches Leid zugefügt hat.

Unsere kürzlich durchgeführten Luftangriffe auf Nordvietnam erhöhen die Gefahr, daß ein lokaler Konflikt sich zu einem Großkrieg ausweitet.

Es ist behauptet worden, daß die Vereinigten Staaten eine von ihrer Bevölkerung gestützte Regierung gegen fremde Umsturzversuche verteidigen. Wir behaupten, Herr Präsident, daß die dem Kongreß und der amerikanischen Öffentlichkeit verfügbaren Beweise keine solche Auslegung des vietnamischen Konflikts erlauben.

Tatsache ist vielmehr, daß die USA Regime an der Macht erhalten, die vom Großteil der Landesbevölkerung nicht unterstützt werden. Wie soll man sonst eine Situation erklären, in der 35 000 Vietcongtruppen ständig an Boden gewinnen, gegenüber einer Regierungsarmee von 200 000 Mann plus einem Kontingent von 23 000 amerikanischen «Beratern»? Die Überfälle von Bienhoa und Pleiku sind ein untrüglicher Beweis, daß die Saigoner Regierung nicht einmal die Unterstützung der Bevölkerung in der Nachbarschaft von Bienhoa und Pleiku genießt.

Wie hat sich unsere Politik für die Bevölkerung von Vietnam ausgewirkt? Nur eine kleine Minderheit profitiert von den 600 Millionen Dollar, die wir jährlich an Südvietnam gehen lassen. Die Bauern von Vietnam werden terrorisiert. Das Land, vor Zeiten eine der blühend-

sten Regionen von Südostasien wird verwüstet durch die Napalm-bombardements der Bauerndörfer, durch die hemmungslosen Angriffe mit Flugzeugen amerikanischer Herkunft, durch die Konzentrationslager und Massenverschickungen der einheimischen Bevölkerung. Gefangene werden in Südvietnam gefoltert. Es ist kaum anzunehmen, daß dies ohne Mitwissen amerikanischer Stellen geschehen kann.

Welche Wirkung hat unsere Vietnampolitik auf das Ansehen der USA in der Welt gehabt? Unser Einstehen für diktatorische Militärregime in Südvietnam hat die Glaubwürdigkeit unserer immer wiederholten Erklärung, wonach Nationen ihrer Bestimmung ohne Angriffe von außen sollen nachleben können, sehr in Frage gestellt. Obwohl wir uns verpflichteten, die Genfer Vereinbarungen von 1954 zu respektieren, haben wir diese Verträge verletzt, indem wir Südvietnam Truppen und Waffen zur Verfügung stellten. Wir haben unsere Zustimmung zu einer internationalen Rechtsordnung verleugnet, da wir uns weigerten, den Streitfall einem internationalen Gremium, wie zum Beispiel den Kontrahenten der Genfer Vereinbarungen, oder einem der Organe der United Nations zu unterbreiten.

Unsere Rechtfertigung für die Intervention in Südvietnam war, daß wir die Ausbreitung des Kommunismus in Südostasien verhindern müßten. Die Wirkung unserer Politik jedoch war, daß wir uns die Nachbarländer Vietnams wie unsere Verbündeten entfremdeten.

Wie die letzten Ereignisse gezeigt haben, sind die Chancen einer Ausweitung des Krieges in Vietnam um so größer je länger er dauert. Unsere Luft- und Flottenangriffe auf Nordvietnam haben die Situation im Süden nur unmerklich verändert, andererseits haben sie jedoch die Gefahr eines Großkrieges in Asien und der Anwendung von Nuklearwaffen erhöht.

Nachdem, laut einer kürzlichen Gallup-Umfrage 81 Prozent des amerikanischen Volkes sich zugunsten einer Konferenz mit den führenden Politikern Südostasiens und Chinas und für den Versuch einer friedlichen Verständigung aussprachen, müssen wir da unseren gefährlichen Weg noch weiter gehen?

Herr Präsident, wir ersuchen Sie dringend, eine andere Richtung einzuschlagen.

Wir verlangen, daß Sie dem Einsatz amerikanischer Männer und Geldmittel im Südvietnamkonflikt ein Ende setzen.

Wir ersuchen Sie, alle Mittel dafür einzusetzen, daß in Vietnam eine unabhängige, neutrale Regierung zustande kommt und die amerikanischen Truppen zurückzuziehen.

Wir ersuchen Sie, die Streitfrage unverzüglich einem internationalen Gremium zu unterbreiten und mit unseren einseitigen und illegalen Aktionen Schluß zu machen.

Wir ersuchen Sie dringend, Herr Präsident, unverzüglich die nötigen Schritte zu tun, um den Krieg in Südvietnam zu beenden.

Je länger wir unsere jetzige Politik fortsetzen, um so weniger werden uns andere Möglichkeiten einer Regelung des Konflikts offen bleiben.»

Dieser Offene Brief an Präsident Johnson, in der «New York Times» vom 28. Februar als Inserat veröffentlicht, wurde von 600 Professoren, hauptsächlich der Universitäten von Neuyork, unterzeichnet. Sie repräsentieren das Amerika, das helfen könnte, die Welt auf ein besseres Geleise zu bringen. Red.

Was man in der Schweiz gerne der Presse in der DDR entnimmt

Vor einigen Wochen machte in der deutschschweizerischen Presse folgender Bericht aus der DDR die Runde:

«In der Bücherei am Hallmarkt in Halle a. d. Saale hatte ich nach dem Buch Berta von Suttners ‚Die Waffen nieder‘ gefragt. Da wurde mir erklärt, daß dieses Buch nicht mehr geführt werde. Auf meine Frage warum, wurde mir gesagt, daß dieses Buch pazifistisch sei.»

Dieser Bericht sollte natürlich den Eindruck erwecken, daß alle Bemühungen um den Frieden durch die Regierungsstellen in der DDR eitel Heuchelei sei. Heuchelei deshalb, weil gleichzeitig mit diesem gemeldeten Vorfall die Post der DDR eine Gedenkmarke mit dem Kopf der Kämpferin für den Frieden herausbrachte, in Weimar, wo ihr Grab sich befindet, ein internationales Suttner-Kolloquium durchgeführt wurde, von einem Historiker am 21. Juni im Radio ein halbstündiger Vortrag über die Gefeierte gehalten wurde und zu ihrem Todestag in allen größeren Zeitungen der DDR Gedenkartikel erschienen sind.

Da ich der Auffassung bin, daß die Bemühungen um einen Frieden in Europa und der Welt, welche aus dem Osten kommen, ernstgenommen werden müssen, suchte ich an Ort und Stelle Aufklärung über das Gemeldete zu erhalten. Es stellte sich nun folgendes heraus:

Die vorstehende Pressemeldung stammt aus einem Leserbrief an das Organ der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands im Bezirk Halle. Die Redaktion ließ ihm unter dem Titel: «Eine falsche Antwort» nachstehende Anmerkung folgen:

Anmerkung der Redaktion: Wir sind der Meinung, daß Berta von Suttners historische Verdienste sehr wohl dazu angetan sind, daß sich interessierte Bücherfreunde für ihre Gedankengänge interessieren und somit gern auch ihr berühmtes Buch lesen würden. Natürlich teilen wir nicht in allen Punkten die Ansichten einer bürgerlichen Friedenskämpferin des vorigen Jahrhunderts. Der Pazifismus, der in einer bestimm-